

Zum Gedenken an
Josef Niehues

* 30. Mai 1881 in Darfeld
† 21. Juli 1943 in Münster

Dieses Gedenkblatt wurde verfasst von
Otto Gertzen
2017

flurgespräche

Herkunft und Familie

Josef Theodor Niehues wurde am 30. Mai 1881 in Darfeld, Kreis Coesfeld, geboren, einem kleinen Dorf im südwestlichen Münsterland.¹ Heute ist Darfeld ein Ortsteil der Gemeinde Rosendahl/Darfeld. Seine Eltern waren der katholische Landwirt Bernard Niehues aus Billerbeck und seine Ehefrau Catharina, geborene Riekers.² Auf seiner Meldekarte in Münster wird sein Beruf als Monteur angegeben, tatsächlich aber war er seit 1925 als Elektriker an den Universitätskliniken angestellt. Auch auf seiner Heiratsurkunde wird er 1908 als »Elecktricker« bezeichnet.³ Am 18. Mai 1908 heiratete Josef Niehues in Lönigen, heute Kreis Cloppenburg im südlichen Niedersachsen, die ebenfalls katholische »Haustochter« Anna Wenzel, geboren am 22. März 1883 in Grenzendorf,⁴ wohnhaft in Lönigen. Ihre Eltern waren der Buchhalter Ernst Wenzel und seine Frau Theresia, geborene Mader. Ihr Vater war nach dem Tode ihrer Mutter mit seiner Tochter von Grenzendorf nach Lönigen gezogen.⁵ Auch die Mutter von Josef Niehues war bei seiner Eheschließung bereits verstorben. Er selbst wohnte zu diesem Zeitpunkt in Bremen.⁶ Wo und wie lange er dort gelebt hat und welcher Tätigkeit er nachgegangen ist, ließ sich nicht mehr feststellen.⁷

Kriegsteilnahme und Nachkriegszeit

Seit Juni 1916 hat Josef Niehues nach eigenen Angaben am Ersten Weltkrieg teilgenommen. Als Angehöriger des Artillerieregiments Nr. 99 war er an der Westfront eingesetzt und wurde mit dem EK II (Eisernes Kreuz 2. Klasse) ausgezeichnet. Nach Kriegsende 1918 fand er zunächst eine Anstellung bei der Schutzwehr⁸ zum Schutz vaterländischer Offiziere gegen revolutionäre Elemente unter Einsatz seines Lebens.⁹

¹ Stadtarchiv Münster, Meldekarte Josef Niehues.

² Sterbeurkunde Josef Theodor Niehues, lt. schriftlicher Auskunft des Stadtarchivs Münster, 28.4.2017, sowie Heiratsurkunde Standesamt Lönigen (Kreis Cloppenburg, Niedersachsen), Nr. 15/1908, aus dem Landesarchiv Niedersachsen, Standort Oldenburg, Rep 450, Akz. 2009/039 Nr. 1691 (Kopie im Besitz des Verfassers).

³ Ebd.

⁴ Ebd. Es konnte nur ein Ort dieses Namens lokalisiert werden: Grenzendorf (heute Graniczna) ist seit 1816 Teil der Landgemeinde Grunwald (heute: Zieleniec) im Landkreis Glatz in der preußischen Provinz Schlesien, nach 1945 polnisch, [https://de.wikipedia.org/wiki/Zieleniec_\(Duszniki-Zdrój\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Zieleniec_(Duszniki-Zdrój)), Zugriff: 30.5.2017. Als Haustochter wurden damals junge Frauen bezeichnet, die aus ihrer Familie bei einer fremden Familie »in Stellung« gingen, um dort den Haushalt zu erlernen zur Vorbereitung auf ihr späteres Leben als Ehefrau und Mutter.

⁵ Heiratsurkunde Standesamt Lönigen (Kreis Cloppenburg, Niedersachsen), Nr. 15/1908, aus dem Landesarchiv Niedersachsen, Standort Oldenburg, Rep 450, Akz. 2009/039 Nr. 1691 (Kopie im Besitz des Verfassers).

⁶ Stadtarchiv Münster, Meldekarte Josef Niehues.

⁷ Schriftliche Auskunft des Staatsarchivs Bremen, 29.5.2017.

⁸ Da Niehues hier keinen Ortsnamen nennt, ist davon auszugehen, dass sich diese Passage auf Münster bezieht. Es handelt sich bei dieser Schutzwehr vermutlich um die »Sicherheitswachen«, die am 12.11.1918 aufgrund einer Absprache zwischen dem Oberbürgermeister Dieckmann, dem Generalsoldatenrat und dem militärischen Generalkommando eingerichtet und im Dezember auf 200 Mann verstärkt, im Februar 1919 aber wieder aufgelöst wurden. Vgl. Thamer, Hans-Ulrich: Stadtentwicklung und politische Kultur während der Weimarer Republik, in: Jakobi, Franz-Josef (Hg.): Geschichte der Stadt Münster, Bd. 2, 3. Auflage, Münster 1994, S. 219-284, hier: S. 222f. Das allerdings würde bedeuten, dass Josef Niehues und seine Frau Anna schon unmittelbar nach Kriegsende in Münster gelebt hätten.

⁹ Universitätsarchiv Münster (UAMs), Bestand 9, Nr. 643, Gesuch an den Oberpräsidenten in Münster, seine Entlassung aufzuheben, 17.4.1933.

Seit 1919 war Josef Niehues nach eigenen Angaben im Staatsdienst beschäftigt¹⁰ – wo und in welcher Tätigkeit konnte nicht festgestellt werden –, seit 1925 mit der Einrichtung der Medizinischen Fakultät an den Universitätskliniken Münster. Dort war er als Elektriker für die Telefonanlage und die Funktionsfähigkeit der medizinischen Apparate und Signalanlagen zuständig.¹¹ Spätestens seit August 1923 wohnte er mit seiner Ehefrau Anna in der Emdener Straße 10 in Münster, wo am 10. August 1923 ihre Tochter Veronika zur Welt kam.¹²

Tätigkeit an den Universitätskliniken

Obwohl parteilos und als Katholik eher dem Zentrum nahe stehend trat er auf Drängen seiner Vorgesetzten 1927 dem Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (Gesamtverband)¹³ bei, der programmatisch eher der SPD nahe stand, weil es an den Kliniken keine andere Gewerkschaft gab und sämtliche Mitarbeiter einschließlich des Verwaltungsoberinspektors Daniel Ochse dort organisiert waren.¹⁴ Offensichtlich genoss er das Vertrauen seiner Kollegen, denn er wurde 1931 in den Betriebsrat der Universitätskliniken gewählt. Zugleich habe er sich, so schrieb er, dadurch die Ungunst seiner Vorgesetzten zugezogen.¹⁵ Dass er das Vertrauen seiner Kollegen besaß, wird auch von seinen Vorgesetzten bestätigt. So schrieb der Verwaltungsdirektor der Universitätskliniken Prof. Dr. Paul Krause¹⁶ am 4. April 1933 in einem Bericht an die örtliche Polizei, politische Abteilung, dass Josef Niehues »starken Einfluss auf das hiesige Personal, besonders des Maschinenhauses« habe. Auch der Denunziant, vom Verwaltungsdirektor als »Zeuge« benannt, begründete seinen Wunsch nach Anonymität damit, dass er sonst ziemliche Schwierigkeiten mit den anderen Kollegen bekäme.¹⁷

Entlassung aus dem Dienst

Am 1. April 1933 wurde Josef Niehues fristlos entlassen aufgrund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 »Zum Schutz von Volk und Staat« (der sogenannten Reichstagsbrand-VO)¹⁸ und gleichzeitig bei seiner Rückkehr vom Dienst in seiner Wohnung verhaftet, nach acht Tagen Schutzhaft jedoch wieder entlassen, so dass er das Kündigungsschreiben erst nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft erhielt.¹⁹ Als Anlass

¹⁰ Ebd., Beschwerdebrief an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 12.8.1933 (Eingangsstempel).

¹¹ Ebd.

¹² Stadtarchiv Münster, Meldekarte Josef Niehues.

¹³ Vorläuferorganisation der ÖTV (nach 1945), die ihrerseits in der Gewerkschaft ver.di (Vereinigte Dienstleistungen) aufgegangen ist.

¹⁴ UAMs, Bestand 9, Nr. 643, Gesuch an den Oberpräsidenten.

¹⁵ Ebd., Beschwerdebrief an den Minister.

¹⁶ Zu Paul Krause vgl. Virnyi, Julius: Zum Gedenken an Paul Krause, 2014, <http://www.flurgespraechen.de/paul-krause/>, Zugriff: 30.5.2017.

¹⁷ UAMs, Bestand 9, Nr. 643, Bericht des Verwaltungsdirektors an die örtliche Polizeibehörde, 4.4.1933.

¹⁸ Ebd., Abschrift des Kündigungsschreibens, 1.4.1933.

¹⁹ Ebd., Beschwerdebrief an den Minister.

für diese Kündigung diene die Beschuldigung, er habe Ende Februar ein Plakat mit einem gemeinsamen Aufruf der neuen Reichsregierung (Hitler) und des Reichspräsidenten (Paul von Hindenburg) im Gemeinschaftsraum des Maschinenhauses der Universitätsklinik abgerissen und vernichtet. Die Beschuldigung wurde »bei einer eingehenden Untersuchung« des Plakatabrisses von einem angeblichen Augenzeugen, der jedoch nicht namentlich genannt werden wollte, über den Maschinenmeister Fritz Broy an den Verwaltungsoberinspektor Ochse herangetragen.²⁰ Josef Niehues gibt an, zusammen mit einigen anderen Kollegen zum Verwaltungsbüro zitiert worden zu sein, ohne ein Datum zu nennen.²¹ Er bestritt gegenüber dem Verwaltungsbeamten Ochse seine Täterschaft. Noch am selben Tage meldete sich der Tischler Ferdinand Figge freiwillig als Täter, der »Zeuge« blieb jedoch bei seiner Aussage. Daraufhin wurde beiden durch den Oberinspektor Ochse im Beisein des Maschinenmeisters Broy auf Drängen der SA mit Zustimmung des [Kurators](#)²² die fristlose Kündigung ausgesprochen,²³ nach Angaben von Niehues und Figge am 30. März, nach dem Bericht des Verwaltungsdirektors Krause am 29. März 1933. Beide Quellen geben an, dass Niehues und Figge trotz der ausgesprochenen Kündigung am nächsten Tag zur Arbeit erschienen, Ferdinand Figge, so der Verwaltungsdirektor in seinem Bericht an die Polizei, angeblich auf Anordnung der [NSBO](#) (Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, eine Art »Betriebsgruppen« der [NSDAP](#)). Niehues erklärte, sich eher ins Zuchthaus sperren zu lassen als seinen Arbeitsplatz aufzugeben.²⁴ Um die Situation nicht eskalieren zu lassen, wurde daraufhin die Kündigung zurückgezogen. Die Rücknahme der Kündigung wurde am 1. April der [Gaulitung Westfalen-Nord](#) der [NSDAP](#) in Münster mitgeteilt, die allerdings auf einer unverzüglichen fristlosen Entlassung des Josef Niehues bestand.²⁵ Diese wurde am gleichen Tage schriftlich ausgesprochen und an die Wohnadresse zugestellt.²⁶ Sowohl die erneute fristlose Entlassung als auch die unverzügliche Verhaftung hielt der Verwaltungsdirektor der Universitätsklinik Krause ausdrücklich für notwendig und dringend geboten, da Niehues in seiner Position in der Fernsprechzentrale den gesamten Telefonverkehr der Kliniken mithören könnte. Eine Haftentlassung sah er erst dann als möglich an, wenn Niehues das Betreten des gesamten Klinikgeländes polizeilich verboten würde.²⁷ Als Grund für seine Verhaftung wurde ihm linksradikale Betätigung als Kommunist vorgeworfen,²⁸ ein Vorwurf, für den ihm jedes Verständnis fehle, so Josef Niehues unter Hinweis auf seinen Einsatz in der Münsterschen Sicherheitswache 1919.²⁹ Bei der Durchsuchung seines Dienstraumes in der Fernsprechzentrale wurden mehrere Schriften beschlagnahmt, die teils gewerkschaftlicher Herkunft waren, teils Werbematerial unterschiedlicher linker politischer Gruppierungen.³⁰

²⁰ Ebd., Bericht des Verwaltungsdirektors.

²¹ Ebd., Beschwerdebrief an den Minister.

²² Ebd., Bericht des Verwaltungsdirektors.

²³ Ebd., auf den 16.6.1933 datierte Abschrift einer eidesstattlichen Erklärung Ferdinand Figges; ebenso Bericht des Verwaltungsdirektors.

²⁴ Ebd., Bericht des Verwaltungsdirektors.

²⁵ Ebd.

²⁶ Ebd., Abschrift des Kündigungsschreibens.

²⁷ Ebd., Bericht des Verwaltungsdirektors.

²⁸ Ebd., Beschwerdebrief an den Minister.

²⁹ Ebd., Gesuch an den Oberpräsidenten.

³⁰ Die Liste der beschlagnahmten Schriften findet sich als Anlage zum Bericht des Verwaltungsdirektors der Kliniken, ebd.

Versuche der Rehabilitation

Nach seiner Haftentlassung verfasste Josef Niehues unter dem 17. April 1933 ein umfangreiches Schreiben an den Oberpräsidenten der preußischen Provinz Westfalen, Ferdinand Freiherr von Lüninck, als den höchsten Verwaltungsbeamten mit der Bitte, seine Wiedereinstellung zu veranlassen, weil ihm zu Unrecht gekündigt worden sei.³¹ Er schilderte die Entwicklung der Ereignisse bis zu seiner Verhaftung, betonte seine Pflichttreue als Arbeiter und Personalrat, bestritt die ihm zur Last gelegten Vorwürfe und nahm auch den Täter Ferdinand Figge in Schutz, der weder politische Absichten verfolge noch ihm selbst hätte schaden wollen und nur aus unverschuldeter Dummheit als Folge einer Kopfverletzung diese Tat begangen habe. Josef Niehues äußerte sich gegenüber dem Oberpräsidenten zu den beschlagnahmten Schriften, indem er die gewerkschaftlichen Schriften als für seine Arbeit als Betriebsrat notwendiges Informationsmaterial bezeichnet, die politischen Werbeschriften als Schriften, die ihm von Kollegen zugesteckt worden seien, um ihn für ihre jeweilige politische Meinung zu werben und die er deshalb nicht mit nach Hause genommen habe, um seine Familie nicht zu gefährden.³² Diese Behauptung passt zu der Tatsache, dass Schriften mehrerer linker politischer Organisationen gefunden wurden, was keinen Sinn machen würde, wollte man Niehues politische Agitation für eine einzige linke Partei, speziell die kommunistische unterstellen. Als Antwort auf die Eingabe teilte der Oberpräsident von Lüninck Josef Niehues mit, er habe den Vorgang mangels Zuständigkeit an den [Kurator](#) der Universität, Dr. Franz Peters, weitergeleitet,³³ und bat am 22. April 1933 den Kurator als höchsten Verwaltungsbeamten der Universität³⁴ um weitere Bearbeitung des Vorgangs. Dieser wiederum bat mit Schreiben vom 25. April 1933 den Verwaltungsdirektor der Universitätskliniken um einen Bericht.³⁵ In seinem Antwortschreiben vom 3. Mai 1933 weist der Verwaltungsdirektor Paul Krause ausdrücklich darauf hin, dass »Die Forderung auf Entlassung des Niehues [...] von der Untergruppe der [Gaulitung](#) der [NSDAP](#)³⁶ gestellt worden [war]. [...] Dieselbe bleibt bei ihrem ursprünglichen Standpunkt, dass eine Wiedereinstellung des Niehues stricte abzulehnen sei.« Im Übrigen verweist er auf den Bericht, den er am 4. April direkt nach der Verhaftung Josef Niehues' für die örtliche politische Polizei angefertigt hatte und den er als eine der Anlagen dem Schreiben beifügte.³⁷ Dr. Peters ließ daraufhin Josef Niehues mitteilen, »er könne von Dienstaufsichts wegen nichts beanstanden«.³⁸

³¹ Ebd., Gesuch an den Oberpräsidenten.

³² Ebd.

³³ Ebd., Beschwerdebrief an den Minister.

³⁴ Ebd., Oberpräsident an Kurator, 22.4.1933.

³⁵ Ebd., Kurator an Verwaltungsdirektor der Universitätskliniken, 25.4.1933.

³⁶ Bei der hier erwähnten »Untergruppe der Gaulitung der NSDAP« kann es sich nur um die von der Gaulitung Westfalen-Nord der NSDAP im März 1933 eingesetzte Arbeitsgruppe zur Durchsetzung der Gleichschaltung der Universität handeln, die von dem Parteimitglied und Professor für Orientalistik Anton Baumstark geleitet wurde und daher auch als »Baumstark-Kommission« bekannt ist. Diese trat eigentlich erst im Juni mit einer Liste zu entlassender Professoren, Dozenten und Assistenten hervor.

³⁷ UAMs, Bestand 9, Nr. 643, Verwaltungsdirektor der Universitätskliniken an Kurator, 3.5.1933.

³⁸ Ebd., Beschwerdebrief an den Minister; der handschriftliche Entwurf zu diesem Schreiben findet sich auf dem Brief des Verwaltungsdirektors an den Kurator vom 3.5.1933.

Nach dieser Absage wandte sich Josef Niehues an die [Gauführung der NSDAP](#), Dr. Alfred Meyer, mit einer Beschwerde über seine Verleumdung als linksradikal und staatsfeindlich und der Bitte um Überprüfung seiner Kündigung. Nachdem er mehrere Wochen vergeblich auf eine Antwort gewartet hatte, schickte er ein zweites Schreiben zur Erinnerung, jedoch ebenfalls ohne Resonanz.³⁹

Inzwischen hatte sich Josef Niehues an seine Gewerkschaft mit der Bitte um Unterstützung als Gemaßregelter gewandt. Das hatte am 15. Mai 1933 zu einem Schreiben des Gesamtverbandes an den Verwaltungsdirektor geführt mit der Bitte um die Beantwortung einiger Fragen zur Entlassung ihres Mitglieds, um den Status als Gemaßregelter feststellen zu können. Da die Gewerkschaften am 2. Mai 1933 durch den Reichskanzler Adolf Hitler verboten worden waren, war der Brief auf Gewerkschafts-Briefpapier unterschrieben von einem Kommissar der [NSBO](#), Körner, Stadtverordneter.⁴⁰ Offensichtlich war die [NSBO](#) an die Stelle der verbotenen Gewerkschaft getreten, verhielt sich aber gegenüber dem Arbeitgeber genau wie früher die Gewerkschaft entsprechend deren alter Satzung. Der Verwaltungsdirektor leitete den Brief unverzüglich an den [Kurator](#) mit der Bitte um Beantwortung weiter. Schon am folgenden Tage übersandte dieser dem Minister einen kurzen Bericht über den Fall mit dem Hinweis auf die Ablehnung des Niehues durch die Untergruppe der [Gauführung der NSDAP](#).⁴¹ Auf der Grundlage dieses Schreibens erwirkte der Kurator einen Ministerialerlass vom 1. Juni 1933 zur endgültigen Entlassung Josef Niehues'.⁴² Am 9. Juni teilte der [Kurator](#) dem Gesamtverband auf seine Anfrage hin mit, dass der Minister mit Erlass vom 1. Juni 1933 eine Wiedereinstellung des Josef Niehues endgültig abgelehnt habe. Die Begründung, dass dies auf Veranlassung der [SA](#) und des Leiters der Untergruppe der [NSDAP](#) geschehen sei, ist zwar gestrichen, aber noch deutlich lesbar.⁴³

Nachdem auch dieser Weg nicht von Erfolg gekrönt war, wandte sich Josef Niehues an die am 10. Mai 1933 anstelle der aufgelösten und verbotenen Gewerkschaften gegründete [Deutsche Arbeitsfront \(DAF\)](#).⁴⁴ Der Stellvertretende Ortsleiter der [DAF](#), Rentmeister, wandte sich daraufhin an den Verwaltungsoberinspektor Ochse und suchte ihn in seinem Dienstzimmer auf, um mit ihm über die Gründe zu sprechen, die zur Entlassung Josef Niehues' geführt hatten.⁴⁵ Dieser habe Rentmeister zur Begründung der Entlassung die Liste der Schriften präsentiert, die im Dienstraum Niehues' in der Fernsprechzentrale beschlagnahmt worden seien. Dabei soll er den Begriff »staatsfeindliche Schriften« benutzt haben. Daraufhin – wohl nach einer entsprechenden Information durch Rentmeister – erhob Josef Niehues Privatklage gegen den Verwaltungsoberinspektor Ochse vor dem Amtsgericht Münster. Ochse konnte sich nicht genau erinnern, wollte aber auch nicht ausschließen, dass dieser Begriff im Gespräch von seiner oder Rentmeisters Seite gefallen sei.⁴⁶ Aus dem

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Ebd., Gesamtverband an Verwaltungsdirektor der Kliniken, 15.5.1933.

⁴¹ Ebd., Kurator an Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 16.5.1933.

⁴² Ebd., Erlass des Preußischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 1.6.1933.

⁴³ Ebd., Kurator an Gesamtverband, 9.6.1933.

⁴⁴ Dtv-Lexikon, München 1999, Bd. 4, S. 90.

⁴⁵ UAMs, Bestand 10, Nr. 315, Bd. 1, Bl. 86, Direktion der Universitätskliniken an den stellv. Kurator, 10.12.1934.

⁴⁶ Ebd.

zitierten Schreiben ist die Stoßrichtung der Anklage zu erschließen: in den Randbemerkungen des Kurators und des Universitätsrates Franz Wentrup, den er um einen Rat in der Frage gebeten hatte, ob man seitens der Universität zu Gunsten Ochses in das Verfahren eingreifen könne, wird von beiden auf den § 193 Strafgesetzbuch (StGB) verwiesen.⁴⁷ Dieser besagt (auch heute noch), dass kritische Bewertungen und Beurteilungen eines Beamten gegenüber Untergebenen nur dann strafrechtlich zu verfolgen seien, wenn sie den Tatbestand einer Beleidigung erfüllen.⁴⁸ Demnach wird die Anklage zunächst auf Beleidigung gelaftet haben müssen, um dann die schuldhafte Herbeiführung seiner Entlassung aufgrund einer Voreingenommenheit, wie sie sich in der angeklagten Beleidigung äußere, zum Gegenstand machen zu können. Mit Beschluss vom 24. November 1934 stellte das Amtsgericht das Verfahren wegen Geringfügigkeit des Verschuldens ein, wogegen Josef Niehues am 28. November 1934 Beschwerde beim Landgericht Münster einlegte.⁴⁹ Er war insofern erfolgreich, als das Landgericht mit Beschluss vom 4. Dezember 1934 den Beschluss des Amtsgerichtes aufhob mit der Begründung, dass die Schuld des Beklagten Ochse – vorausgesetzt die Anschuldigungen des Klägers seien zutreffend – keineswegs als gering anzusehen sei, vor allem im Hinblick auf die »ganz erheblichen Folgen der Tat.«⁵⁰ Dabei wurde die Begründung des Amtsgerichts als teilweise unzutreffend, teilweise bisher nicht belegt zurückgewiesen. Kurator und Universitätsrat zeigten sich allerdings mit dem Hinweis auf § 193 StGB um den Erfolg Ochses vor Gericht auch keineswegs besorgt.⁵¹

Mögliche Hintergründe der Entlassung

Schließlich wandte sich Josef Niehues direkt an das Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung als letzte Instanz. Diese Beschwerde wurde im Ministerium mit dem Eingangsstempel vom 12. August 1933 registriert.⁵² In diesem mehrseitigen Handschreiben legte er seine persönlichen und familiären Verhältnisse dar, betonte seine langjährige Tätigkeit im Staatsdienst und schilderte detailliert die Entwicklung seines Falles. Er erläuterte alle Schritte im Einzelnen, die er zu seiner Rehabilitierung unternommen hatte, und begründete damit, warum er sich jetzt an den Minister als obersten Vorgesetzten wandte.

Seine Entlassung habe, so deutete er an, in Wirklichkeit ganz andere Gründe als die angegebenen: Er habe das Plakat nicht entfernt, der Schuldige habe sich selbst gemeldet (eidesstattliche Erklärung anbei), dennoch sei dieser weiterhin beschäftigt, er aber gekündigt. Der Maschinenmeister Broy habe ihn wegen seiner Betriebsratstätigkeit schon länger auf dem Kieker gehabt und als Kommunisten darzustellen versucht. Er sei katholisch und par-

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ <https://dejure.org/gesetze/StGB/193/html>, Zugriff: 9.6.2017.

⁴⁹ UAMs, Bestand 10, Nr. 315, Bd. 1, Bl. 87, Beschluss des Landgerichts Münster, Strafkammer II, 4.12.1934.

⁵⁰ Ebd. Leider konnte im Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen (LAV NRW W) keine Akte zu diesem Verfahren aufgefunden werden, schriftliche Auskunft des LAV NRW W, 9.6.2017.

⁵¹ UAMs, Bestand 10, Nr. 315, Bd. 1, Bl. 86.

⁵² Ebd., Bestand 9, Nr. 643, Beschwerde an den Minister.

teilos, verfolge nur die sozialen Interessen seiner Kollegen, was als Betriebsrat seine Pflicht sei. Bei dieser Tätigkeit sei er aber offensichtlich dem Maschinenmeister ins Gehege gekommen: die Heizer hätten sich über schlechtes Kohlenmaterial beklagt, er habe daraufhin persönlich eine Kohlenprobe vorgenommen und eine Aussage des ehemaligen Schlossers Franz Mußhof erhalten, der die Büroarbeit im Maschinenhaus erledigt und die Brückenswaage bedient habe. Zudem habe es 1930 eine Kohlenstaubexplosion⁵³ in einem angeblich gefüllten Kohlebunker gegeben, die vertuscht worden sei. Hier seien die wahren Gründe seiner Entlassung zu suchen. Indem man ihn jetzt als Kommunisten darstelle, nehme man ihm auch noch die Möglichkeit der Verteidigung und seinen Pensionsanspruch. Der Herr Minister möge ihm zu seinem Recht verhelfen.⁵⁴

Damit deutete Josef Niehues eine Unterschlagung oder einen Betrug durch die Lieferung von minderwertiger Kohle gegen Bezahlung hochwertiger an, dazu noch in geringerer Menge, in den zumindest der Maschinenmeister Broy verwickelt gewesen sein muss. Trotzdem bleibt das sehr frühzeitige und nachdrückliche Eingreifen der [Gau](#)leitung der [NSDAP](#) und der [SA](#) erklärungsbedürftig, da weder der Verwaltungsoberinspektor Ochse⁵⁵ noch der Maschinenmeister Fritz Broy⁵⁶ zu diesem Zeitpunkt bereits Mitglieder der [NSDAP](#) waren. Auch die Entlassung eines Arbeiters durch einen speziellen Ministererlass ist eine höchst außergewöhnliche Maßnahme und verleiht der Angelegenheit eine weit über den eigentlichen Sachverhalt hinausgehende Bedeutung.

Sein Tod

Am 21. Juli 1943 ist Josef Niehues in Münster an Lungentuberkulose gestorben. Zu diesem Zeitpunkt wohnte die Familie immer noch in der Emdener Straße 10.⁵⁷ Es konnte nicht festgestellt werden, wie sein Leben in den zehn Jahren zwischen seiner Entlassung und Verhaftung und seinem Tode verlaufen ist. Mit einiger Sicherheit kann gesagt werden, dass er nicht wieder in Schutzhaft genommen und in ein KZ eingesperrt worden ist, da dem internationalen Suchdienst des Roten Kreuzes keine Informationen über ihn vorliegen.⁵⁸ Ebenso wenig haben sich Hinweise auf ein [Wiedergutmachungs](#)verfahren nach dem Kriege gefunden.⁵⁹

⁵³ Eine Kohlenstaubexplosion kann nur in einem leeren Kohlebehälter vorkommen.

⁵⁴ UAMs, Bestand 9, Nr. 643.

⁵⁵ Entsprechend seiner Personalakte ist Ochse erst zum 1. Mai 1933 der NSDAP beigetreten, UAMs, Bestand 10, Nr. 315, Bd. 1.

⁵⁶ Laut Auskunft des Landesarchivs NRW Abteilung Rheinland, 9.6.2017, war Fritz Broy von 1937 bis 1945 NSDAP-Mitglied (seine dortige Entnazifizierungsakte hat die Signatur NW 1039-B Nr. 1032).

⁵⁷ Stadtarchiv Münster, Meldekarte und Sterbeurkunde Josef Niehues.

⁵⁸ Schriftliche Auskunft des ITS (International Tracing Service) Bad Arolsen, 21.4.2017.

⁵⁹ Schriftliche Auskunft des LAV NRW W, 16.3.2017.

Quellen- und Literaturverzeichnis

Archive

Landesarchiv Niedersachsen, Standort Oldenburg

- Rep 450, Akz. 2009/039 Nr. 1691

Stadtarchiv Münster

- Meldekarte Josef Niehues
- Sterbeurkunde Josef Niehues

Universitätsarchiv Münster

- Bestand 9, Nr. 643
- Bestand 10, Nr. 315, Bd. 1

Internet

- <https://dejure.org/gesetze/StGB/193/html> (§ 193 StGB)
- [https://de.wikipedia.org/wiki/Zieleniec_\(Duszniki-Zdrój\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Zieleniec_(Duszniki-Zdrój)), Zugriff: 30.5.2017

Literatur

- Thamer, Hans-Ulrich: Stadtentwicklung und politische Kultur während der Weimarer Republik, in: Jakobi, Franz-Josef (Hg.): Geschichte der Stadt Münster, Bd. 2, 3. Auflage, Münster 1994, S. 219-284
- Virnyi, Julius: Zum Gedenken an Paul Krause, 2014, <http://www.flurgespraeche.de/paul-krause/>, Zugriff: 30.5.2017

Schriftliche Auskünfte

- ITS (International Tracing Service) Bad Arolsen, 21.4.2017
- Landesarchiv NRW Abteilung Westfalen, 9.6.2017
- Landesarchiv NRW Abteilung Rheinland, 16.3.2017
- Staatsarchiv Bremen, 29.5.2017
- Stadtarchiv Münster, 28.4.2017